Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zwei Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 145. Montag den 26. Mai 1851.

Telegraphische Nachrichten.

Turin, 21. Mai. Dem Vernehmen nach sind die Unterfertiger der Protesterklärung der Stadt Nizza verhaftet worden. Die Debatte des Kriegsministerialbudgets hat begonnen. Lamarmora erklärt, für Kriegszeiten sei ein Armeebestand von 90,000, in Friedenszeiten von 45,000 Mann erforderlich, wozu jährlich eine Normal-Summe von 32,000,500 Lire benöthigt werde. Nachdem sich der Abgeordnete Pottone über die Höhe dieser Unkosten beschwert und Sines Reformen dringend beantragt, werden zwei Artikel des Gesetzvorschlages angenommen.

Triest, 24. Mai. London 12. 35, Silber 30½. Wochenmarktsbericht: Kaffee weichend im Preise, Rio 25—34, Cuba 39—42, Zucker niedriger, Baumwolle flau, Mako gesunken 40—45, Oele fest, Südfrüchte sehr flau.

Preußen.

Berlin, 24. Mai. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem General-Direktor der belgischen Eisenbahnen und Posten, Masui, den rothen Adlerorden zweiter Klasse, dem Regiments-Arzt des 2. Schweizer-Regiments in königlich sizilianischen Diensten, Dr. Karpe zu Neapel, den rothen Adlerorden vierter Klasse, so wie dem Steuer-Empfänger a. D., Grütz-bach zu Zeitz das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Angekommen: Se. Excellenz der großherzoglich mecklenburg-schwerinsche Staatsminister, Graf von Bülow, von Cummerow.

(Militär-Wochenblatt.) v. Bornstedt, Major und Kommandant von Silberberg, gestattet, die Uniform des 26. Inf.-Regts. zu tragen und soll derselbe bei diesem Regt. à la Suite geführt werden. v. Horn, Oberst und Kommandant von Minden, gestattet, die Unif. des 40. Inf.-Regts. beizubehalten, und soll derselbe bei diesem Regt. à la Suite geführt werden. v. Brause, Hauptmann vom 8. Inf.-Regt., zum Major. Erbprinz von Sachsen-Altenburg, Hoheit, Sec. Lieut. à la Suite des 6. Jäger-Bat., als Pr.-Lt. zum 1. Garde-Regmt. zu Fuß, à la Suite desselben, versetzt. v. Poyda, Major a. D., früher im Kaiser Franz Gren. Regt., der Char. als Oberst-Lieut. beigelegt. v. Broen, Hauptm., aggr. dem 23., ins 14. Inf.-Regt. einrangirt. v. Harder, Sec. Lt. vom 34., ins 19. Inf. Regt., v. Kleist, Hauptm. vom 26. Inf. Regt. zum Major, v. Rothkirch-Panten II., Sec. Lt., aggr. dem 1. Kür. Regt., ins 7. Kür. Regt. einrangirt. v. Kamecke, Pr. Lt. vom 18. Inf. Regt., zum Hauptm. und Komp.-Chef, v. Staff, Sec. Lt. von dems. Regt., zum Pr. Lt., v. Rothkirch-Panten I., Sec. Lt., aggr. dem 1. Kür. Regt., ins 8. Kür. einrangirt. v. Lizger, Hauptm. u. Präses der Gewehr-Revis.-Kommission in Saarn, zum Major ernannt. Frhr. v. Schele, Hauptm., aggr. dem 13. Inf. Regt., ins 22. Inf. Regt. einrangirt. v. Wyschetzky, Major a. D., zuletzt Hauptm. im 3. Jäger-Bat., zum Führer des 2ten Aufgeb. vom 3. Bat. 12. Regts. ernannt. Prinz, Pr. Lt. vom 2. Bat. 19., ins 3. Bat. 6. Regts. einrangirt. Tikelmann, Major a. D., zuletzt im 19. Inf. Regt., v. Böttcher, Major a. D., zuletzt im 5. Inf. Regt., zu Führern des 2ten Aufgeb. resp. vom 1. u. 3. Bat. 18. Regts. ernannt. v. Brodowski, Major vom 19. Inf. Regt., mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., Aussicht auf Civilversorg. u. Pension, Gr. Finck v. Finckenstein, Oberst und Komdr. der 2. Garde-Kav.-Brigade, als Gen.-Major mit Pension der Abschied bewilliget. v. Hanckwitz, aggr. Pr. Lt. vom 6. Ulan. Regt., als Rittm. mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., Aussicht auf Civilversorg., u. Pension, v. Gorszkowski, Sec. Lt. vom 7. Inf. Regt., als Pr. Lt. mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V. u. Pension, der Abschied bewilligt. Palm, Gen. Major u. Komdr. der 16. Ldw. Brig., mit Pension, der Abschied bewilligt. v. Heugel, Hauptm. vom 22. Inf. Regt., mit Pension zur Dispos. gestellt. Kubitzky, Major vom 3. Bat. 12. Regts., von der Stellung als Führer des 2ten Aufgeb. entbunden. Souchon, Major, von der Stellung als Führer des 2. Aufgeb. vom 2. Bat. 32. Regts. entbunden. Sachse, Sec. Lt. vom 2. Bat. 6. Regts., als Pr. Lt. mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., Berndt, Pr. Lt. vom 3. Bat. 6. Regts., mit der Armee-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., Lemon, Pr. Lt. vom 1. Bat., Busse, Pr. Lt. vom 3. Bat. 18. Regts., beiden mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V., Stoc, Sec. Lt. von dems. Bat., Gr. Mycielski I., Sec. Lt. vom 1. Bat. 19. Regts., der Abschied bewilligt. Buske, Schwinge, Jachtow, Magazin-Rendanten in Schweidnitz, Wittenberg u. Pillau, zu Proviantmeistern ernannt.

(Das „Justiz-Ministerialblatt") enthält eine allgemeine Verfügung vom 17. Mai d. J., betreffend den Ansatz der Kosten für die gerichtlichen Verhandlungen über den Austritt aus der Kirche und das darüber zu ertheilende Attest; und das Erkenntniß des königl. Gerichtshofes zur Entscheidung der Competenz-Konflikte am 5. April d. J., die Unzuläßigkeit des Rechtsweges bei Ansprüchen der Beamten auf Reise- und Umzugskosten und auf Gewährung des ihnen nach ihrer Anciennetät angeblich zustehenden Gehalts betreffend.

Die neueste Nummer des „Ministerialblattes für die innere Verwaltung" enthält unter andern folgende Verfügungen: 1) Vom 5. März d. J. Ein Disciplinar-Verfahren gegen Beamte, Behufs der Dienstentlassung, ist nur bei definitiv angestellten Beamten einzuleiten; ist die Anstellung blos interimistisch oder provisorisch erfolgt, so ist sie als eine widerrufliche zu betrachten und die Entlassung daher ohne eine förmliche Disciplinar-Untersuchung auszusprechen. 2) Vom 15. März. Gegen diejenigen Lehrer, welche aus der evangelischen Landeskirche ausscheiden, ist blos um deshalb eine Disziplinar-Untersuchung nicht statthaft. Nach einem Beschlusse des Staatsministeriums ist es jedoch dem Minister der geistlichen Angelegenheiten vorbehalten, im Verwaltungswege Entscheidung darüber zu treffen, ob durch das Ausscheiden eines Lehrers aus der evangelischen Landeskirche seine Ernennung als Lehrer bei einer evangelischen Schule und die Bestätigung der Vokation zu dieser Stelle ungültig geworden, mithin sein Ausscheiden aus diesem Lehramte zu bewirken sei. In einem Falle der Art ist die Entlassung des Lehrers verfügt worden. 3) Vom 2. März. Die Fabrikation und der Verkauf arsenikhaltiger Tapeten und Zeuge, so wie das Halten derselben auf den Lägern ist bei 10 Thlr. Strafe verboten. 4) Vom 20. März. Jeder Apotheker-Gehülfe und Apotheker-Lehrling ist verpflichtet, sich ein Exemplar der neuesten Ausgabe der Pharmacopoea Borussica anzuschaffen. 5) Vom 5. März. Die Kosten, welche durch Bestellung der Polizeianwaltschaft entstehen, sind künftig von den Gemeinden aufzubringen. 6) Vom 7. März. Bei Ablösung der Renten bleibt es der Wahl der Pflichtigen überlassen, ob sie die Renten für die Rückstände voll, oder mit $\frac{9}{10}$ an die Rentenbank entrichten wollen.

= **Berlin,** 24. Mai. [Ueber den Fortbestand und die Weiterbildung der preußischen Marine.] Es ist im Kriegs-Ministerium, welchem das Marinewesen bekanntlich untergeordnet ist, ein Plan ausgearbeitet worden, in welchem Grundzüge für die preußische Marine aufgestellt sind. Der in Rede stehende Plan hält bei den gegenwärtigen Verhältnissen einen Zeitraum von 10 Jahren für erforderlich, um unserer Marine eine solche Gestaltung und Ausbildung zu geben, wie sie der Herstellung einer Nutzen bringenden und der Landmacht Preußens einigermaßen zur Seite stehenden Seemacht bedünkt. In dem angegebenen Zeitraume sollen einschließlich der vorhandenen Schiffe geschafft werden: 12 Fregatten, à 60 Bomben-Kanonen, 10 Dampf-Korvetten, à 8—12 dergl., 14 Aviso-Dampfschiffe, à 4—8 dergl., 5 Schooner, à 3—4 Kanonen, 5 Uebungs- und Transport-Fahrzeuge, 36 Kanonen-Schaluppen, 6 Jollen mit einem Kostenaufwande von pr. pr. 14,000,000 Rtl. Dieser Ausgabe würden hinzuwachsen, für die Errichtung der Etablissements auf Dänholm, bei Stralsund und Swinemünde: 5,500,000 Rtl. und zur Anschaffung eines Reservevorraths von Schiffsbauholz pr. pr. 1,500,000 Rtl., also eine Gesammtausgabe von 21 Millionen, wovon etwa eine Million für das vorhandene Material rückzurechnen sei. Einschließlich der Unterhaltung der Schiffe und der denselben entsprechenden Mannschaft würde die Marine während dieser Entwickelungsperiode jährlich ungefähr 3 Millionen, und nach Ablauf derselben jährlich fortlaufend 2 Millionen erfordern. — Aus den Berathungen über den Staatshaushalts-Etat ist es bekannt, daß die Regierung pro 1851 die diesem Plane entsprechenden Kredite nicht gefordert hat. Der nahe liegende Grund bestand in der Rücksicht auf die dem Lande schon ohnedies auferlegten außerordentlichen Ausgaben für die Mobilmachung. Nichts desto weniger wird die Regierung dem hier mitgetheilten Plane Folge geben, woraus erhellt, daß wenn schon die nächsten Bestrebungen nicht darauf gerichtet sind, im Verlaufe einer so kurzen Frist Preußen zu einer Seemacht zu machen, doch festgehalten wird, daß der in stürmischer Zeit aufgenommene Gedanke der Heranbildung einer Marine und die Anfänge dazu nicht aufgegeben werden dürfen. Was man zunächst erreichen will, ist die Erschaffung einer preuß. Flotille, die im Stande ist, unsere Küsten- und Seeplätze zu schützen, und in Konflikten mit Seemächten, etwa von dem Range Dänemarks, gute Dienste zu thun. Der Schutz unserer Handelsflotte würde durch diese Kriegsflotille auch gesichert sein. (?)

Wie schon erwähnt, hat man in diesem Jahre sich gescheut, die Ausgabe für die Marine zu erhöhen, und die Verwaltung muß sich deshalb begnügen, mit der Einrichtung und Ausbildung der Marine-Etablissements zu Stralsund, Swinemünde und Danzig möglichst schnell vorzugehen. Die Ausbildung der Unterrichts-Anstalten erfordert nächstdem eine große Vorsorge, namentlich richtet die Regierung ihr Augenmerk darauf, für den untern Dienst zur See tüchtige Leute zu gewinnen. — Darüber, daß die preußische Marine fortzubestehen habe und fortzubilden sei, ist man einig, und das Aufgeben der Idee einer deutschen Marine Seitens des Bundestages würde die Fortführung des bisherigen schwachen Anfangs mit größeren Kräften unfehlbar zur Folge haben.

C. B. **Berlin,** 24. Mai. [Tages-Chronik.] Neben den großen politischen Konferenzen in Warschau und Olmütz mit ihren voraussichtlichen Resultaten erscheint zur Zeit ein anderer Umstand von Belang. — Der, wie gemeldet, erheblicher, als man glaubte, krankhafte Zustand des Kaisers von Oesterreich, hatte gewisse, vor wenigen Monaten sehr lebhaft geltend gemachte Heirathsprojekte einigermaßen zurückgedrängt. Jetzt tauchen dieselben von Neuem auf und ihre Realisirung hängt so recht eigentlich mit der Politik des Tages zusammen. Das Gerücht von einer Verbindung des Kaisers mit einer Prinzessin von Darmstadt, will hier unterrichteten Personen als unbegründet bedünken. Dagegen halten sie die Verbindung des Kaisers mit einer sächsischen Prinzessin für schon länger bestimmt und den gegenwärtigen Zeitpunkt dazu auserseh'n, dieses ältere Projekt zur Thatsache zu machen.

Die als gescheitert anzusehende Mission des Hrn. v. Pechlin nach Petersburg, findet in ihrem Gefolge eine ebenfalls nicht geglückte Mission des Grafen Moltke nach Paris. Glaubwürdigem Vernehmen nach hatte nämlich Graf M. ganz denselben Auftrag für Paris, als Hr. v. P. für Petersburg. Auch in Paris soll man eine Unterstützung der Thronfolge des Prinzen Christian v. Glücksstadt nicht zugesagt haben.

Der zweiten Kammer haben verschiedene Petitionen in Betreff der Erbauung von Zweigbahnen Seitens des Staates vorgelegen, über welche nicht mehr in Pleno verhandelt worden ist; die Petitions-Kommission hat überall die Tagesordnung empfohlen. Es wurden namentlich die Anlegung einer Zweigbahn von Guben nach Röderau, von Lissa nach Glogau und von Bielefeld nach Paderborn von den verschiedenen Petenten vorgeschlagen.

In der nächsten Sitzungsperiode werden der Kammer Vorlagen über die Ausführung des Artikels 40 der Verfassung, die Umgestaltung der bestehenden Lehen u. Familien-Fideikommisse in freies Eigenthum, betreffend, gemacht werden. Die Grundlage der von der Regierung in Vorschlag zu bringenden gesetzlichen Anordnungen bildet ein von dem Obertribunals-Rath Zettwach verfaßter Entwurf. Die Vorlage wird gleichzeitig den bei der Publikation der Verfassung von Sr. Majestät dem Könige ausgesprochenen Vorbehalt in Betreff der zur Bildung der ersten Kammer im Sinne des Patents vom 7. Januar 1850 erforderlichen Elemente zur Ausführung bringen. Die zeitgemäße Umgestaltung der Lehensverhältnisse wird der Regierung nicht nur nicht, wie dies bei der Durchführung anderer, verwandter Maßregeln der Fall ist, durch Reaktion der Interessenten erschwert, sondern im Gegentheil durch das Andrängen derselben wesentlich erleichtert. Unzweifelhaft ist die Aufhebung der Lehen und Familien-Fideikommisse nicht minder revolutionär, als die Umgestaltung unserer Agrar- und Grundsteuer-Gesetzgebung. Das Interesse der gegenwärtigen Inhaber an der Befreiung von den auf ihrem Besitze lastenden Beschränkungen, läßt sie indeß für diesen Fall von dem revolutionären Charakter der Maßregel, auf deren Durchführung sie dringen, ganz absehen.

In Bezug auf die gestern gemeldete Berufung des Ephorus Hoffmann in Tübingen erfahren wir, daß Hoffmann in seiner bisherigen Stelle zu bleiben vorziehen würde, wenn die würtembergische Regierung ihm gestatten wollte, das unter seiner Leitung stehende Tübinger Seminar und die vier niederen Seminarien neu zu organisiren. Man zweifelt hier nicht, daß die Regierung dieser Bedingung entgegenkommen und Hoffmann den an ihn ergangenen Ruf dann nicht annehmen wird. Berlin wird sich dann bis auf Weiteres ohne eine Theologenschule, die zur Ausbildung der Geistlichen, getrennt von der Universität, bestimmt sein würde, behelfen müssen. Uebrigens gewähren auch solche Seminarien nicht den Schutz, den man hier von ihnen erwartet. Bekanntlich sind aus dem Tübinger Seminar Schelling und Hegel und sogar David Strauß hervorgegangen.

Gegen die Vorstands-Mitglieder des Handwerker-Vereins, welche zur Zeit der Auflösung desselben an seiner Spitze standen, soll jetzt die Anklage erhoben werden. Die Anklageschrift ist dem Vernehmen nach bereits ausgearbeitet und bildet ein sehr umfangreiches Aktenstück. Wie man vermuthet, wird die Anklage gegen den Vorstand des Handwerker-Vereins sich hauptsächlich auf die Annahme stützen, daß der Verein in unerlaubter Verbindung mit andern Vereinen gestanden habe.

Die Reiterstatue Friedrichs des Großen steht seit heute früh auf dem Postament, zwar noch verhüllt, aber schon erkennbar in ihren Umrissen und bereits den imposanten Eindruck bezeichnend, den dies großartige Monument auf die Beschauer machen wird. Man ist gegenwärtig aufs Eifrigste mit Errichtung von vier am Anfange der Linden in einer Reihe stehenden vierseitigen Pyramiden für die Standbilder der mehrfach genannten berühmten Ahnen des großen Königs beschäftigt; die Pyramiden werden vorläufig aus Holz konstruirt.

Dem „M. C." zufolge ist die Ernennung des Landraths v. Kleist-Retzow zum Regierungspräsidenten für Köslin schon in diesen Tagen erfolgt.

(N.-Z.) Die Staats- und Polizeianwälte sind angewiesen worden, von dem Ausfalle eines Urtheils auf Verlust der Nationalkokarde der Ortspolizeibehörde des Verurtheilten, von der rechtskräftigen Entscheidung auf Verlust von Orden, Ehren- oder Gedächtnißzeichen, der General-Ordenskommission, von Urtheilen gegen Personen, die in einem andern Gerichtsbezirke ihren persönlichen Gerichtsstand haben, diesem Gerichte sofort nach eingetretener Rechtskraft Mittheilung zu machen. Ferner ist in Untersuchungssachen wider Medizinalpersonen aller Kategorien sowohl der betreffenden Regierung als dem Ministerio der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten das Urtheil jeder Instanz einzusenden; endlich ist in Untersuchungen wegen Anfertigung oder Verbreitung falschen in- oder ausländischen Papiergeldes der Hauptverwaltung der Staatsschulden, so wie wegen ordentlicher Münzverbrechen der Regierung in der Art Mittheilung zu machen, daß diesen Behörden von der Entdeckung des Verbrechens und von dem Resultate der Untersuchung Kenntniß gegeben wird.

Dem Abgeordneten Harkort, der auf Einladung eines seiner in Mähren wohnenden Freunde eine Reise dahin zur Besichtigung von Rübenzucker-Fabriken beabsichtigte, ist der Paß verweigert worden, angeblich weil er sich in Untersuchung befinde.

Von Herrn v. Radowitz werden Anfangs des nächsten Monats „Neue Gespräche aus der Gegenwart über Staat und Kirche" im Verlage von Körner in Erfurt erscheinen. Das Werk wird einige dreißig Druckbogen umfassen.

Die „N. Pr. Z." bringt folgende merkwürdige Mittheilung: „In mehreren Kreisen koursirt augenblicklich eine seltsame Erzählung von Vorgängen, welche mit der neulichen Minister-Berathung über das Einkommen-Steuer-Gesetz in Zusammenhang stehen. Bekanntlich ward in dieser Konferenz beschlossen, daß zur Wahl der Einschätzungs-Kommissionen die alten Kreisstände berufen werden sollen. Der Herr Finanzminister erhob — wie man sagt — während der Erörterung keine Einwendungen. Sofort nach der Konferenz soll der geheime Finanzrath Camphausen an die Landräthe eine Verfügung gerichtet haben, durch welche diese angewiesen werden: — nicht die Kreisstände, sondern — so schleunig als möglich die neuen Kreis-Kommissionen einzuberufen, um durch diese die Einschätzungs-Kommissionen wählen zu lassen. Hat Herr Camphausen eine solche Verfügung auf eigene Hand getroffen, so begreifen wir nicht, wie derselbe noch eine Stunde Beamter sein könne; hat sein Herr Chef darum gewußt, so könnten wir nur wiederholt unsere Befriedigung darüber aussprechen, daß derselbe inzwischen um seinen Abschied nachgesucht."

Breslau, 25. Mai. [Zur Situation.] Auch die „N. Pr. Z." widerspricht heut in Uebereinstimmung mit der Voßischen (s. die gestr. Nr. d. Z.) der Nachricht, daß Herr von Rochow bei seiner Abreise aus Frankfurt für die Zeit seiner Abwesenheit dem österreichischen Gesandten, Grafen Thun, seine Vollmacht übertragen habe. „Der General v. Rochow sei unter Umständen von Frankfurt abgereist, die eine Uebertragung seiner Vollmacht in keiner Weise weder nothwendig noch zuläßig machten."

Der „N. Br. Z." geht von hier folgende bezeichnende Mittheilung zu: „Aus Frankfurt a. M. haben wir die sichere Nachricht erhalten, daß auch in dieser Stadt demnächst Anordnungen in Bezug auf das Vereinswesen und auf die Presse, so wie Abänderungen in der Verfassung bevorstehen, welche zum Zwecke haben, den Forderungen der gegenwärtigen Lage zu entsprechen. Zu erwarten ist, daß alle kleinere Staaten, namentlich auch Oldenburg und Braunschweig, nicht säumen werden, ähnliche Schritte zu thun, die unerläßlich sind, wenn man einem Einschreiten des Bundes vorbeugen will."

Ueber die Verabredungen in Lazienki Royal sind die abenteuerlichsten Versionen im Umlauf.

Die „Sp. Z." berichtet in einem Privatschreiben aus Warschau vom 21. Mai:

„Bisher dürften nur konversationsweise manche wichtige politische Gegenstände zwischen Rußland und Preußen berührt, ja gewissermaßen nur vorbereitet worden sein. Eigentliche Verhandlungen in den höchsten amtlichen Kreisen werden wohl erst in einigen Tagen eintreten. Als Grundlage derselben aber steht das Programm der russischen Diplomatie wohl am meisten fest und wird daher auch wohl den Vorzug gewinnen, daß von diesen Gesichtspunkten aus die Besprechungen geleitet werden. Man ist sich diesseits des Vorzuges sehr entschieden bewußt, daß während der Zerrüttungen des Kontinents die russische Großmacht nicht davon betroffen worden ist, und wird den Zweck obenan stellen, Alles aufzubieten, um diesen Zustand der inneren „Ordnung" in Rußland auf so lange Jahre hinaus als möglich nicht gefährden zu lassen. Dies ist die Spindel, um welche die Verhältnisse der westlichen Nachbarn, Preußen und Oesterreich, geformt und bewegt werden sollen, und darauf ist es jetzt abgesehen. Die anderweitige europäische Politik wird wohl nur in soweit hier angeregt oder berührt werden, als sie jenem Zwecke dient; denn für die Entfaltung der anderweitigen Interessen Rußlands sind anderweitige Höfe, Residenzen und Landstriche der geeignete Schauplatz. Jenes Grundes halber sind es nicht sowohl die eigentlichen inneren Verfassungs-Verhältnisse Frankreichs, die man hier genau behandeln und darüber feststehende Ansichten austauschen wird, als die Rückwirkung französischer Bewegungen auf Preußen und die österreichischen Kronländer, durch welche insgesammt die politische Veränderlichkeit wiederum an die Schwelle Rußlands getragen werden könnte. Und eben deshalb scheint es, daß in die eigentlich innersten Verhältnisse zwischen Oesterreich und Preußen nur soweit eingegangen werden soll, um beide zu nöthigen, aus sich Alles zu entfernen, was auch nur mittelbar die hier unfehlbar erwartete, große französische Bewegung zurückspiegeln könnte. Allerdings leuchtet aus dem Allen die äußerste Besorgniß hervor, daß Rußlands innere Ordnung gestört werden könnte, eine Besorgniß, die man täglich durch die minutiöseste Aufsicht auf jede Regung im ganzen Reiche bethätigt. Allein wenn dies auch nicht abgeleugnet werden kann, so besitzt man doch große Mittel, um sich innen zu sichern, und nach außen hin die Beihülfe zu dieser Sicherung — zu erzwingen; und man scheut sich auch nicht, die sich irgend anbietenden Mittel anzuwenden. Dies Alles steht fest; von diesem Boden aus wird allein mit unsren Nachbarn nach Westen unterhandelt werden können."

Die Preußische (Adler) Zeitung, welche gestern das unbedingteste und freudigste Vertrauen für die Warschauer Konferenz in Anspruch nahm, wendet sich heut gegen zwei Insinuationen, durch welche man Unkraut unter den sprossenden Weizen des Vertrauens säen wolle. Man sage: „der Warschauer Kongreß bedrohe die verfassungsmäßige Entwickelung Preußens." Indeß die preußische Verfassung habe sich entwickelt nach den Bedürfnissen des Preußenlandes; darin liege der Beweis ihrer Möglichkeit, die Bürgschaft ihrer Dauer.

Die zweite Insinuation sei, „daß in Warschau ein bewaffnetes Unternehmen gegen die Republik Frankreich verabredet werde."

Daran denke man nicht, da der Graf von Chambord, das legitime Haupt der französischen Dynastie, des endlichen Siegs der monarchischen Ideen gewiß sei. Aber Pflicht sei es allerdings, auf alle Eventualität des Jahres 1852 gefaßt und gerüstet zu sein.

Königsberg, 21. Mai. [Mord.] Aus dem im westlichen Samlande, wenige Meilen von hier entfernten Kirchdorfe Medenau geht die zuverlässige Nachricht ein, daß am vergangenen Sonntage Morgens der als Beamter und Mensch gleich achtungswerthe königl. Förster Radtke aus Schuditten von einem 21jährigen Wilddiebe, dem Sohne eines Wirthes in Klein-Blumenau, durch einen Schuß, der die linke Schulter und Brust getroffen, lebensgefährlich verwundet ist. Der Thäter befand sich eben mit einem Rehe beladen auf dem Heimwege, als der Förster ihn erblickte und anhalten wollte. Der Thäter ist verhaftet und die gerichtliche Untersuchung wird demnächst gegen denselben eingeleitet. (Preuß. Z.)

Deutschland.

Frankfurt, 22. Mai. [Die Bundesversammlung] wird in dieser Woche keine Sitzungen halten; in der nächsten dürfte der preußische Bundestagsgesandte, General von Rochow, wieder hier sein. Der Geheimerath v. Schele, den man oft irrthümlich mit dem früheren hannoverschen Staatsminister jenes Namens verwechselt, ist auch schon für Hannover hier eingetroffen, so daß mit Ende der Woche ein vollständiges Plenum vorhanden sein dürfte. Ueber die zunächst vorkommenden Gegenstände scheint noch nichts entschieden zu sein. Die Bundes-Central-Kommission dürfte, anstatt selbstständige Repräsentantin des deutschen Bundes zu sein, in die dem Bundestage, dem nunmehrigen Organe desselben, untergeordnete, 1817 gestiftete Militär-Kommission übergehen, in welcher, wie schon gemeldet, Oberst Graf Waldersee preußischer Militärbevollmächtigter sein wird. Bei der Begründung derselben war der General von Wolzogen der erste preußische Bevollmächtigte, später General v. Radowitz und zuletzt im Jahre 1848 General v. Peucker. — Lord Cowley ist bis jetzt noch nicht als englischer Gesandter am Bundestage akkreditirt, so wie auch Herr v. Tallenay dieses nicht für Frankreich ist; es steht zu erwarten, daß diese Diplomaten ihre Kreditive bald überreichen. (Pr. Z.)

Frankfurt a. M., 22. Mai. Man hält es für sehr wahrscheinlich, daß der Bundestag 5 Mitglieder ernennen wird, die er an Stelle der noch in Funktion befindlichen Centralkommission mit der Verwaltung der Bundes-Angelegenheiten betrauen wird. (D. Z.)

Vom Rheine. [Ueber Fürst Metternich's Reisepläne] und Absichten sind viele unrichtige Nachrichten verbreitet; aus sicherer Quelle vernimmt man darüber Folgendes: Der Fürst, welcher trotz seiner 78 Jahre (geb. 15. Mai 1773) sich des besten Wohlseins erfreut, wird im Monat Juni von Brüssel auf sein Schloß Johannisberg übersiedeln und dort die schöne Jahreszeit zubringen. Erst später denkt er nach Wien zu reisen, wo die Villa am Rennwege für Se. Durchlaucht (also nicht für mineralogische Sammlungen, wie aus Wien berichtet wird) in Stand gesetzt wird. Das Haus in Ischl ist nicht für den Fürsten, sondern für seinen Eidam, den Grafen Sandor, gemiethet, (der nach den neuesten österreichischen Blättern in Wien erkrankt ist). (Köln. Z.)

München, 22. Mai. [Die Kammer der Reichsräthe] hat den Gesetzentwurf über die bürgerlichen (civilrechtlichen) Verhältnisse der Israeliten einstimmig angenommen; desgleichen die Giech'schen Anträge in der Fassung, die sie im Ausschuß erhalten hatten.

Karlsruhe, 21. Mai. [Aufhebung der Grundrechte.] Die bereits telegraphisch gemeldete Aufhebung der Grundrechte erfolgt durch eine großherzogl. Verordnung, welche folgendermaßen lautet: „In Erwägung, daß über die Gesetzeskraft der deutschen Grundrechte bei unseren Staatsbehörden verschiedene Ansichten bestehen, und dadurch eine Bestimmung hierüber geboten ist, haben Wir nach Anhörung Unseres Staatsministeriums beschlossen und verordnen, wie folgt: den in Unseren Regierungs-Blättern Nr. II. und XXIX. vom Jahr 1849 zur Kenntniß gebrachten deutschen Grundrechten ist keine rechtliche Wirksamkeit beizulegen."

Fulda, 20. Mai. [Aus der Denkschrift:] „Die vereinigten Bischöfe der oberrheinischen Kirchenprovinz an die betreffenden Staatsregierungen", theilen wir folgende For-

derungen an Letztere mit: 1) Beseitigung aller religiöser März-Concessionen (Civilehe u. s. w.); 2) freie Verleihung geistlicher Aemter und Pfründen durch die Bischöfe innerhalb ihrer Sprengel; 3) Beschränkung des Patronatsrechtes; 4) Einräumung der Befugniß für die Bischöfe, ihre Untergebenen frei zu prüfen und kanonisch zu bestrafen; 5) keine Staatsprüfung für die Alumnen mehr; 6) Wegfall der landesherrlichen Genehmigung bei Besetzung erledigter Pfarrstellen; 7) Aufhebung des seitherigen Appellationsrechtes an die Staatsregierung bei Ausübung der geistlichen Strafgewalt. Letztere soll sich von der einfachen Verweisertheilung bis zur Entziehung des Benefiziums und der damit verbundenen Einkünfte erstrecken. Jeder Versuch einer Berufung an die Staatsregierung wird als Auflehnung gegen die gesetzlich normirte Auctorität der Kirche betrachtet und mit der excommunicatio latae sententiae belegt; 8) Errichtung von Knabenseminarien; 9) Abschaffung des landesherrlichen Tischtitels; 10) bischöfliche Genehmigung bei Ernennung von Religionslehrern an Gymnasien und Universitäten; 11) Wegfall des Placetums der Staatsgewalt bei Veröffentlichungen päpstlicher Bullen, Breven und bischöflicher Ausschreiben an den Klerus; 12) Licenz der Bischöfe zur Abhaltung von Volksmissionen und Priesterexercitien; 13) Gestattung geistlicher Vereine von Männern und Frauen zum Gebet, der Betrachtung und sich selbst verläugnendem Gehorsam; 14) Wiedereinsetzung der Bischöfe in den Vollgenuß ihres Rechtes der Strafgewalt gegen Glieder der Kirche, welche kirchliche Anordnungen mißachten; 15) freier Verkehr der Bischöfe mit Rom; 16) keine Intervention der weltlichen Gewalt mehr bei Besetzung erledigter Domkapitularstellen; 17) selbstständige Verwaltung alles katholischen Kirchen- und Stiftungsvermögens, weil dieses — überall zu den Zwecken der Kirche nur bestimmte Vermögen — Eigenthum der Einen, als einiges Rechtssubjekt zu erkennenden katholischen Kirchengesellschaft sei und endlich 18) feierliche, auf die Bestimmungen des westfälischen Friedens und des Reichs-Deputations-Hauptschlusses von 1803 gestützte Verwahrung der Trennung der Schule von der Kirche. Unterzeichnet haben: **Hermann**, Erzbischof von Freiburg; **Peter Joseph**, Bischof von Limburg; **Joseph**, Bischof von Rottenburg; **Christoph Florentius**, Bischof von Fulda; und **Wilhelm Emanuel**, Bischof von Mainz." (Han. Z.)

Dresden, 23. Mai. [Verhaftung.] Heute Vormittag um 9 Uhr wurde der in den Zeitungen genannte Heinrich **Bürgers** (Cand. phil.) aus Köln und muthmaßlicher Correspondenzfreund des bekannten Dr. **Becker** ebendaselbst, welcher in einem hiesigen Hotel wohnte, verhaftet und seine Effekten mit Beschlag belegt. (S. C. Z.)

Kiel, 23. Mai. Das Kopenhagener Dampfboot ist heute ausgeblieben, und wird, wenn es auch morgen nicht kommt, die Dampfschifffahrt zwischen Kopenhagen und Kiel einstweilen als abgebrochen angesehen werden können. Ueber den Gang der diesfälligen Verhandlungen wird uns aus guter Quelle Nachstehendes mitgetheilt. Das dänische Finanzministerium verlangte als Garantie gegen die Wiederholung eines von dänischer Seite provocirten, ganz einzeln stehenden Exzesses die Besetzung Kiels durch österreichische Truppen. Die Civilbehörde sprach sich indeß in Verbindung mit den Bundes-Kommissarien entschieden hiergegen aus. Gleichwohl bestand Graf **Sponneck** darauf, und drohete wiederholt mit dem Abbrechen der Dampfschifffahrt, worauf die Bundes-Kommissäre die Sache ad referendum nahmen, und dem dänischen Finanzministerio erwiederten, daß sie über die Angelegenheit an ihre resp. Höfe berichtet hätten, und bäten, daß bis zum Eintreffen einer Antwort die Fahrt ungestört fortgesetzt werden möchte. Da Graf Sponneck sieht, daß man sich bereits wieder auf dem abschüssigen Pfade der Nachgiebigkeit befindet, so wird er es wohl für richtiger halten, seine Drohung einstweilen wahr zu machen. Erscheint das Dampfschiff morgen nicht, so wird diese Annahme als begründet erwiesen sein. (S. Kopenhagen.)

Gestern war der Oberst **Hodges** mit seinem Sekretär, dem nämlichen, der zur Zeit der Landesverwaltung als solcher bei ihm fungirte, hier anwesend, und hatte unter Anderm mit dem Grafen Criminil eine Konferenz. Das Publikum erschöpft sich natürlich in Vermuthungen über den Zweck der Anwesenheit des Obersten und bringt dieselbe namentlich mit den angeblich energischen Noten Oesterreichs und Preußens an das dänische Kabinet, das dagegen an die übrigen Großmächte sich gewandt haben soll, in Verbindung. Wir möchten glauben, daß der Reise des Obersten nur Courtoisie zum Grunde liegt. (H. N.)

Kopenhagen, 22. Mai. Se. Maj. der König, berichtet „Faedrelandet" von gestern Abend, ist heute in der Stadt gewesen, um **Staatsrath** zu halten, wie es heißt, in Anlaß einer **von Rußland** eingetroffenen **Note**, von welcher man sagt, daß sie Vorschläge zur Ordnung der **Erbfolgefrage** enthalte. „Middagsposten" bemerkt in dieser Beziehung: Dieser Tage sind wiederholt unter des Königs Vorsitz Staatsrathssitzungen gehalten; man nimmt an, daß die eingetroffenen **deutschen Noten** den Gegenstand der Verhandlungen bildeten. In Betreff der **Notabeln-Versammlung** will „Danewirke" neben einigem Anderen wissen, der erste Paragraph des Verfassungsprojekts sei am Montag in der zweiten Sitzung der Versammlung einstimmig angenommen. „Flyveposten" dagegen bringt das Gerücht, die holsteinischen Notabeln hätten in jener Sitzung einen bestimmten **Protest** niedergelegt gegen jede Ordnung der Staatsverhältnisse, die auf eine Trennung Holsteins von Schleswig hinauslaufe. Wir haben Ursache zu zweifeln, daß über die Verhandlungen dieser Sitzung irgend welche zuverlässige öffentliche Mittheilung zu machen ist. Geheimrath **Pechlin** ist von seiner Mission nach St. Petersburg und der dänische Gesandte Graf **Moltke** von Paris in Kopenhagen eingetroffen, beide mit dem Dampfschiff „Schleswig", das statt der „Eider" auf Kiel gefahren war. Das zweite Postsekretariat machte offiziell bekannt, daß das Dampfschiff „Eider" morgen, Freitag den 23sten, nach **Wismar** statt nach Kiel abgehen werde. (S. Kiel.)

Oesterreich.

☿ **Wien**, 23. Mai. [Olmützer Pläne. — Rücktritt Radetzky's. — Anhang zum Preßgesetz. — Der Rücktritt des Handels-Ministers.] Heute sind hier sehr viele Generale aus allen Theilen der Monarchie angekommen, darunter auch Graf Radetzky und Baron Jellachich, die sich insgesammt im Lager bei Olmütz einfinden werden, denn der Kaiser ist gesonnen, den fremden Fürsten gegenüber in der Mitte seiner ergebenen Heerführer zu erscheinen. Ueberhaupt leuchtet bei den für den Olmützer Monarchenkongreß angeordneten Vorkehrungen das Bestreben zu imponiren stark heraus, so daß diejenigen nicht Unrecht haben mögen, welche von einer Rangerhöhung Oesterreichs in Deutschland sprechen, die in Olmütz zum Vorschein kommen soll. Die ungeheuere Truppensammlung, die Berufung aller berühmteren Generale an das Hoflager, sowie die Ueberführung des Thronhimmels aus der hiesigen Hofburg nach dem erzbischöflichen Palais in jener mährischen Festung und noch hundert andere kleine Zeichen und Erscheinungen lassen auf eine tiefere Bedeutung schließen, welche man am hiesigen Hofe dem Olmützer Kongreß beizumessen geneigt zu sein scheint. Graf Radetzky wird auch nicht sogleich wieder nach Italien zurückkehren, sondern noch den Berathungen präsidiren, welche über die Organisation der deutschen Bundesarmee neuerdings stattfinden sollen; der Entwurf hierzu stammt aus der Feder des Feldzeugmeisters Baron Heß, der ohne Zweifel das erste organisatorische Talent der österr. Armee ist und dessen Wirksamkeit sowohl das Ansehen des Kriegsministers als auch das des Grafen Grünne weit überragt. Wiederholt taucht jetzt wieder das Gerücht von dem Rücktritt des greisen Marschalls vom Oberbefehl in Italien auf, dessen plötzlicher Tod inmitten kriegerischer Entscheidungen jedenfalls vom größten Nachtheil wäre; man läßt ihn nun die Besitzung Merli bei Görz, welche gegenwärtig der Gräfin Attems gehört, ankaufen, um dort seine Tage in Ruhe zu beschließen und doch nahe genug dem italienischen Kriegsschauplatz, um nöthigenfalls durch den Glanz seines Namens für die Sache Oesterreichs wirken zu können. — Der Anhang zum Preßgesetz, der täglich erwartet wird und in dem so ziemlich alle Verschärfungen Raum finden dürften, welche seit 18 Monaten in den verschiedensten Staaten Europa's ans Licht gekommen, soll auch in Betreff der Strohmänner, die jetzt häufig bei Zeitungen als verantwortliche Geranten vorgeschoben werden, eine strenge Norm enthalten. — Der plötzliche Rücktritt des Handelsministers Bruck ist zwar unmittelbar durch eine heftige Scene im Ministerrath herbeigeführt worden, wo Baron Krauß ihm den Vorwurf machte, seine ungemessenen Ausgaben trügen vorzugsweise zur Finanzverarmung Oesterreichs bei, allein im Hintergrunde steht wohl das Programm, das nach dem Olmützer Kongreß überall zur Ausführung kommen wird, und man spricht auch vom baldigen Ausscheiden der Minister Bach, Krauß und Thinnfeld, um aristokratischen Elementen Platz zu machen. Der neue Handelsminister Baumgärtner ist ein gewandter Verwaltungsbeamter, aber ohne schöpferische Ideen.

L. N. **Wien**, 24. Mai. [Abreise des Kaisers. — Vermischtes.] Gestern Nacht 11 Uhr ist der Kaiser nach Olmütz abgereist, begleitet von F. Z. M. Heß und Generaladjutanten F. M. L. Grünne. F. M. Radetzky ist gestern Nachmittag hier eingetroffen, und in den für ihn eingerichteten Appartements in der k. Hofburg abgestiegen. Im Bahnhof wurde der Marschall von der gesammten hier anwesenden Generalität empfangen, und der Kaiser ließ ihn extra durch einen seiner Adjutanten bewillkommen. F. Z. M. Jellachich ist auch bereits angekommen, und hatte gestern noch eine mehrstündige Audienz beim Kaiser. Er sowohl wie der F. M. Fürst v. Windischgrätz haben sich schon nach Olmütz begeben. — Der Aufenthalt des Kaisers in Olmütz dürfte längere Zeit dauern als man anfangs vermuthete, indem ein Erlaß des Oberhofmeisteramtes den nach dort bestimmten Hofbeamten den Aufenthalt daselbst auf 4 Wochen in Aussicht stellt. Der gestern stattfindenden Berathung des Reichsrathes hat der Kaiser beigewohnt. Am 20. d. wurden mehrere von dem Kriegsgerichte am Hradschin verurtheilte Studenten der Markomannia durch Olmütz geführt und nach Munkacz transportirt. Die Frage der Einbeziehung Dalmatiens in das Reichszollgebiet wird in diesem Kronlande mit dem größten Eifer verhandelt. In dieser Angelegenheit wurde am 21. d. in Zara eine Sitzung von zwölf Abgeordneten der bedeutendsten Bezirke dieser Provinz abgehalten. Die Abgeordneten gehören unter die bedeutendsten und gebildetsten Männer des Landes, und sind dieselben mit Ausnahme von zwei Stimmen, für die Einbeziehung geneigt. — Ein Gerücht will wissen, F. Z. M. Haynau sei zum Feldmarschall und zum Kommandiren des Armeekorps in Böhmen ernannt.

☨ **Olmütz**, 24. Mai. [Ankunft des Kaisers.] Seit der 5ten Stunde des Morgens flattert an der Spitze eines der 4 Nebenthürmchen unseres Rathhausthurmes eine große schwarz-gelbe Fahne, während in jeder Ecke der oberen Thurmgallerie, wo der Thürmer jeden Stundenschlag nach den 4 Kardinalgegenden zu signalisiren pflegt, eine kleine schwarz-gelbe und roth-weiße oder kaiserliche und mährische Fahne neben einander ausgesteckt sind. Dies ist das Zeichen, daß Se. Majestät der Kaiser in Olmütz weilt. Er kam auf der Eisenbahn in der bemerkten Stunde, in Begleitung des Erzherzogs Wilhelm, des Armeekorps-Kommandanten Grafen Wratislaw, des Obersthofmeisters Grafen Grünne und mehrerer zur Suite und Armee-Adjutantur gehörenden Dignitäten hierorts an, wurde von dem Statthalter Grafen Lazanski, dem kommandirenden Generale in Mähren und Schlesien, Grafen Schlick, und dem Festungsgouverneur Baron Böhm am Bahnhofe empfangen und in das erzbischöfliche Palais, das designirte Absteigequartier für den Kaiser von Oesterreich und den Czar (der König von Preußen soll in der Residenz des Domherrn Grafen Szapary wohnen), wo er sich nur bis halb 10 Uhr aufhielt. Dann fuhr er in das Nimlauer Lager und ließ das 2te Armee-Korps, das ihn in Parade in fünf Treffen aufgestellt, erwartete, an sich vorbeidefiliren. Dieses Armee-Korps besteht aus zwei Infanterie- und einer Kavalerie-Division, erstere unter dem Kommando des Feldmarschall-Lieutenants Fürst Taxis und Baron Parrot, die letztere unter dem Kommando des Feldmarschall-Lieutenants Baron Barco. Die 1. Infanterie-Division enthält zwei Brigaden, unter dem Befehle der General-Majors Grafen Salis und Baron Pöck; die beiden Brigaden der 2. Infanterie-Division werden von den General-Majors Colo und Baron Schlitter, die beiden Brigaden der Kavalerie-Division von den General-Majors Grafen Thun und Veigl kommandirt. Die 1. Infanterie-Brigade (Salis) enthält das 12. Jäger-Bataillon, das 27. Infanterie-Regiment (Baron Piret, 3 Bataillons), das 1. Bataillon des 2. Banal-Grenzregiments und eine 6pfündige Fuß-Batterie von acht Geschützen, die zweite Infanterie-Brigade (Pöck) enthält das 48. Infanterrie-Regiment Erzherzog Ernst (3 Bataillone), das 4. Bataillon vom Infanterie-Regiment Kaiser Franz Josef, das vierte Bataillon vom Infanterie-Regiment Prinz von Preußen und eine 6pfündige Fußbatterie. Die 3. Infanterie-Brigade (Colo) enthält das 19. Feldjäger-Bataillon, daß 16. Infanterie-Regiment Zanini (3 Bat.), das 1. Bataillon vom 1. Banalgrenz-Regiment und eine 6pfündige Fußbatterie. Die 4. Infanterie-Brigade (Schlitter) enthält die Grenadier-Bataillone Schmidt, Morzin und Woiciechowsky, das 34. Infanterie-Regiment Prinz von Preußen (3 Bat.) und eine 6pfündige Fußbatterie. Die erste Kavalerie-Brigade (Thun) enthält das 1. Husaren-Regiment Kaiser Franz Josef (8 Eskadrons), das 3. Husaren-Regiment Prinz Karl von Baiern und eine Kavalerie-Batterie. Die 2. Kavalerie-Brigade (Weigl) enthält das 6. Husaren-Regiment König von Würtemberg, das 9. Husaren-Regiment Fürst Lichtenstein und eine Kavalerie-Batterie. — Die Artillerie-Reserve unter dem Kommando des Majors Schrank, welcher zugleich der Chef der ganzen Armeekorps-Artillerie ist, enthält 2 Zwölfpfünder-Batterien und eine Raketen-Batterie. Ueberdies ist eine Sanitätskompagnie dem 2. Armeekorps zugetheilt. Das Korps zählt 30,000 Mann; jedes Kavallerie-Regiment enthält 6 Eskadrons; jede Batterie 8 Geschütze. Der Kommandant des Ganzen ist der General der Kavalerie Graf Schlick, der Armeekorpsadjutant Major Bar. Egkh, der Chef des Generalstabs Oberst Bar. Gablenz. — Aus dem Lager verfügte sich Se. Majestät in die erzbischöfliche Residenz, wo jetzt, da ich den Brief der Post übergebe (6 Uhr Abends), getafelt wird. — Es wurde eine großartige Illumination von den Vätern der Stadt vorbereitet und angeordnet, daß jedes Fenster sogleich zu erleuchten sei, wenn eine Laterne am Rathhausthurme ausgehängt würde. Die Festbeleuchtung dürfte indessen heute kaum zu Stande kommen, da Se. Majestät dem Vernehmen nach, nach aufgehobener Tafel, die **Reise** nach **Krakau** fortsetzt, wo er den König von Preußen und den Kaiser von Rußland empfangen will, die er, wie man sich schmeichelt, als Gäste nach Olmütz geleiten wird. — Im städtischen Theater werden für die Paré-Vorstellungen der Hofschauspieler, des Ballets und der italienischen Sänger großartige Vorkehrungen nach Anordnung des Hoftheater-Intendanten getroffen. Die Sperrsitze erhalten einen neuen Ueberzug, die Logen werden prachtvoll dekorirt, die Wandmalereien renovirt, der Fußboden im Parterre gewichst ꝛc. Die Dilettanten mußten der Hofintendantur das Feld räumen und ihre auf Morgen angesagte Vorstellung zum Vortheile des Fonds zur Begründung eines Institutes für blinde Mädchen aus dem Kronlande Mähren einstweilen vertagen.

Rußland.

⊙ **Warschau**, 23. Mai. [Tagesbericht.] Gestern, um 10 Uhr Morgens, wurde in Gegenwart Sr. Majestät des Kaisers von Rußland und der Großfürsten Nikolaus Nikolajewicz und Michael Nikolajewicz, auf dem Powonzkowoer Felde, eine Musterung der 3. Infanterie-Division sammt ihrer Artillerie gehalten.

Um $11\frac{1}{2}$ Uhr Vormittags fuhr Ihre Majestät die Kaiserin von Rußland, von der Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin und den Prinzessinnen von Anhalt-Dessau, Agnes und Marianne begleitet, aus Lazienki durch die Mokotowoer Barriere nach Natolin, von wo Allerhöchstdieselbe um $2\frac{1}{2}$ Uhr Nachmittags zurückkehrte.

Gestern, von 11 Uhr Morgens ab, besuchte Se. Majestät der König von Preußen, von einer glänzenden Suite umgeben, einige der hiesigen Kirchen, die Regierungsbibliothek im Kasimirschen Palais und das zoologische Kabinet. Am Eingange der evangelisch-augsburgischen Kirche ward Se. Majestät von dem General-Superintendenten der evang.-augsburg. Kirchen im Königreich Polen, Hrn. Ludwig, der übrigen Geistlichkeit und von den Mitgliedern des evang.-augsburgischen Konsistoriums und des Kirchen-Kollegiums, empfangen. Die bei solcher Gelegenheit übliche Bewillkommnungsrede beantwortete Se. Majestät in allergnädigsten und wohlwollendsten Worten. Nach der speziellen Besichtigung des Kirchengebäudes, befahl Se. Majestät Ihm die dort anwesenden Geistlichen vorzustellen, worauf Se. Maj. die Kirche verließ, bis zur Thürschwelle von allen genannten Personen begleitet. Dasselbe Ceremoniell fand auch in den übrigen Gotteshäusern statt. In der Regierungsbibliothek und dem zoologischen Kabinet wurde Seine Majestät der König von Preußen vom wirklichen Ständerath und Kurator der Akademie der Wissenschaften zu Warschau, Muchanow, empfangen und der Direktor Jarocki hatte die Ehre, Sr. Majestät die Merkwürdigkeiten des Kabinets zu zeigen. Unter den angesehenen Personen, welche das Gefolge Sr. Majestät des Königs von Preußen bildeten, bemerkte man den Präsidenten des Ministerrathes, Freiherrn von Manteuffel, den General-Adjutanten Sr. k. k. Majestät, Grünwald, den Flügel-Adjutanten, Obersten der Garde, Fürsten von Warschau und Grafen Theodor Paskewicz Eriwanski, und den, für besondere Aufträge beim Statthalter des Königreichs angestellten Grafen Heinrich Rzewuski.

Heute, vor 8 Uhr Morgens, reiste Se. Majestät der Kaiser von Rußland, von den Großfürsten Nikolaus Nikolajewicz und Michael Nikolajewicz begleitet, mit dem Bahnzuge nach Lowicz ab. Außerdem begleiten den Kaiser: der Statthalter des Königreichs General-Feldmarschall und Fürst von Warschau, der Warschauer Kriegs-General-Gubernator Fürst Gorczakow, der General-Adjutant Graf Adlerberg und der General-Adjutant Graf Rzewuski.

Gestern Abend ist Se. königl. Hoheit der Prinz Karl Friedrich in Warschau eingetroffen und hat seine Wohnung im Palais Belvedere bezogen. Im Gefolge Sr. königl. Hoheit befinden sich: der Adjutant Rittmeister Knobelsdorf und der General-Lieutenant Sommerfeld.

Der General-Adjutant Sr. k. k. Majestät Baron Osten-Sacken ist in Warschau eingetroffen.

Der Fürst Edmund Clari-Aldringen sammt seiner Gemahlin ist von hier nach Wien abgereist.

Frankreich.

** **Paris**, 22. Mai. [Die Revisionsfrage.] In der **Legislativen** kam es heut wieder zu einem Sturme, welcher nicht blos als Vorbote der kommenden gelten kann, sondern recht deutlich zeigt, wie wenig die Beschlüsse dieser Versammlung bezüglich der Revisionsfrage eigentlich ins Gewicht fallen werden, da die Partei der Republikaner zur Vertheidigung dessen, was sie ihr Recht nennt, offen an die Gewalt appellirt.

An der Tagesordnung waren die Anträge der Herren Morin und Moulin. Für den Antrag des letzteren, welcher darauf abzielt, alle Revisionsanträge an eine Spezialkommission zu verweisen, wurde nach einer aber nicht lebhaften Debatte die Inbetrachtnahme beschlossen; desto leidenschaftlicheren Widerspruch fand Morins Antrag, folgendermaßen lautend:

„Die auf Verfassungsrevision abzielenden Anträge sind von der durch Art. 78 der Geschäftsordnung festgesetzten Verjährung ausgenommen. Diese Anträge können nach Ablauf eines Monats wieder vorgebracht werden, mögen sie bei der ersten Abstimmung verworfen worden sein oder nicht."

Nachdem die Debatte durch Laclandure eröffnet worden war, ward sie durch Girardin zu ihrer leidenschaftlichen Höhe gebracht.

Girardin sagte: Der Morinsche Antrag scheint mir eben so wichtig, als mir der Moulinsche unbedeutend vorkam; man muß nur sehen, was eigentlich dahinter steckt. Er maskirt aber eine Batterie.

Herr Morin hat aber erklärt, man dürfe sich durch Mißglücken eines ersten Versuchs nicht abschrecken lassen. Nun gut, so möge er erklären, ob es in seiner Macht steht, das Verhältniß der beiden Zahlen 188 zu 562 zu verändern. Wenn nicht, so ist sein Antrag ganz überflüssig, außer in dem Falle, daß man auf diese Versammlung einen **äußerlichen** Zwang ausüben wollte, etwa wie am 15. Mai 1848 und am 13. Juni 1849. —

(Hier ruft eine Stimme **rechts**: „Wir sind niemals in die Straßen hinabgestiegen!" — Girardin fordert denjenigen, der ihn unterbrochen hat, auf, sich zu nennen, worauf nach vielen vergeblichen Aufforderungen Herr **Curial** sich mit den Worten erhebt: „Ich habe gesagt, daß wir niemals in die Straßen hinabstiegen.")

Girardin: Das ist wahr. Ihr seid nie in die Straßen hinabgestiegen, selbst wo es galt, Eure Fahne zu vertheidigen.

Der **Präsident** erinnert daran, daß es nicht die Aufgabe der Repräsentanten sei, den Bürgerkrieg zu erregen oder ihm Nahrung zu geben, sondern die Faktiosen niederzuhalten.

Girardin: Ich nehme Akt von der Erklärung des Herrn Präsidenten und füge hinzu: in einem Lande, welches drei Revolutionen gehabt hat und da wir nur in Folge einer siegreichen Insurrektion hier sitzen — was sage ich? — in Folge zweier siegreicher Insurrektionen, darf man nicht so leichtweg von „Faktiosen" sprechen.

Montebello: Grade deshalb muß man sich gegen die Faktiosen vorsehen.

Präsident: Und gegen die Wirkungen der Revolution.

Girardin: Was sagte ich doch von zwei siegreichen Insurrektionen? Stehen wir doch auf dieser Tribüne nur auf Grund des durch drei Revolutionen eroberten Rechts; denn es fand eine 1789, eine andere 1830 und noch eine 1848 statt. Nun wohl, diese drei Revolutionen, welche eigentlich nur eine sind, sind vorhanden, und wenn man uns deren Wirkungen und Früchte streitig machen will, so schwöre ich hier auf dieser Tribüne, daß wir sie vertheidigen wollen und kräftig vertheidigen. Ja, ich sage das für den Herrn, der mich unterbrach, — **daß man uns auf den Straßen sehen wird!**

Montebello: Wir werden auch da sein.

Girardin (zu Montebello): Sie, Minister Ludwig Philipps, waren am 24. Februar **nicht** auf der Straße: **Sie hatten sich versteckt.**

Girardin wird zur Ordnung gerufen, dann fährt er fort:

Ich sage, daß sich hinter dem Antrage Morins eine Gefahr verbirgt. Durch immerwährendes Vorbringen eines bereits verworfenen Antrages will man nur Aufregung hervorbringen, wie man einst die konstituirende Versammlung durch ähnliche Manöver zwang, ihre Auflösung zu erklären.

Auch die Sitzungen der gegenwärtigen Versammlung, obwohl sie sich ihrem Endziel nähern, dauern Vielen zu lang und man wolle sie abkürzen.

Einen andern Zweck habe auch der Morinsche Antrag nicht. Denn es gebe nur ein Mittel, das Verhältniß von 188 zu 562 zu ändern und das sei — einen zweiten 18. Fruktidor hervorrufen!

Wer wird das wagen? —

Bei der großen Aufregung, welche dieser Rede folgte, fand die folgende Debatte, an welcher sich auch Godalle betheiligte, keine große Aufmerksamkeit; übrigens erklärte sich, wie vorauszusehen war, bei der Abstimmung die Versammlung mit großer Majorität für Inbetrachtnahme des Antrags.

Im zweiten Theile der in Rede stehenden Sitzung kam man mit der Debatte über das Zuckergesetz zu Ende.

Was die beiden großen Tagesfragen betrifft: die Revision der Verfassung und des Wahlgesetzes vom 31. Mai, so herrscht noch immer dieselbe Konfusion, dasselbe Mißtrauen der Parteien gegen einander. Das Elysee mißtraut der Majorität, und umgekehrt; die entschiedenen Legitimisten beargwöhnen die nachgiebigen, welche, wie sie sagen, die Prorogation herbeiführen; die einen Orleanisten grollen den Fusionisten; die Montagne sieht die Linke scheel an; selbst die ohnehin nicht zahlreiche Tiers-Partei ist in sich gespalten und man spricht überdies von einem Bruch zwischen Dufaure und General Cavaignac. Unter diesen Verhältnissen wäre jede Vorhersagung Thorheit, selbst wenn man glaubte, daß die Entscheidung überall in den Händen der parlamentarischen Partei läge.

Belgien.

** **Brüssel**, 23. Mai. [Die Ministerkrise] ist immer noch nicht beendet. Herr Dumon-Dumortier ist zwar diesen Morgen hier angekommen, scheint aber bei seinem ersten Entschlusse beharren zu wollen. Indeß soll er mindestens so weit nachgegeben haben, daß er bereit ist, sich mit einigen Staatsmännern und Parlaments-Mitgliedern zu besprechen, um die Situation genauer kennen zu lernen. Gestern versammelte sich die Kammer-Majorität bei Herrn Thieffey. Auch die Herren Minister waren zugegen. Es kam zu vielfachen Erklärungen, aus den sich als Resultat ergab, daß die Majorität, welche sich nur bei einer einzigen Frage spaltete, kompakt blieb und die Regierung hindern will, zu einem andern System als dem liberalen — sei es nun zu dem katholischen, oder dem gemischten — überzugehen.

Da man aber hörte, daß Herr Dumon-Dumortier von Sr. M. dem Könige beauftragt sei, ein neues liberales Ministerium zu bilden, und man dieser Bildung kein Hinderniß in den Weg legen wollte, so vertagte sich die Versammlung, bis Herr Dumon-Dumortier zu einem Resultat gekommen sein würde.

Provinzial-Zeitung.

* **Breslau**, 26. Mai, Morgens 10 Uhr. So eben langte Se. Excellenz der Ministerpräsident v. **Manteuffel** auf seiner Rückreise von Warschau hier an.

---

* **Breslau**, 26. Mai. Der preußische Bundestagsgesandte Generallieutenat v. **Rochow**, welcher mit dem gestrigen Nachmittagszuge der oberschlesischen Eisenbahn von **Warschau** hierselbst eingetroffen und in Zettlitz-Hotel abgestiegen war, setzte schon um 6 Uhr mit dem Abendzuge der niederschlesisch-märkischen Eisenbahn seine Reise nach **Frankfurt** fort.

☨ **Breslau**, 26. Mai. [Feuer.] Diese Nacht 12 Uhr wurden die Bewohner Breslau's durch den Ruf: „Feuer" aus dem Schlafe geweckt. In dem Hause Nr. 10, Schweidnitzer-Straße, dem Bäckermeister **Welke** gehörig, brach Feuer aus, welches schnell um sich griff. Die Löschmannschaften der Rettungsvereine waren schnell da, ebenso Spritzen und Transporteure, so daß man des Feuers bald Herr werden konnte. Um 2 Uhr war das Feuer als gelöscht anzusehen.

---

* **Görlitz**, 24. Mai. [Ministerialrescript wegen Amtszeichen.] In der gestrigen Stadtverordnetensitzung wurde der Versammlung Seitens des Magistrats das bereits anderweitig bekannt gewordene Ministerial-Rescript vom 15. April d. J. mitgetheilt, wonach es zum Tragen der Kommunal-Amtszeichen der königl. Erlaubniß bedarf. Es wurde zugleich bemerkt, daß der Magistrat sich nicht veranlaßt finde, auf Verleihung des Rechts zum Tragen solcher Amtszeichen Anträge zu stellen.

[1514] Fremden-Liste von Zettlitz Hôtel.

Gutsbes. Neidhardt aus Polen. Gutsbes. Graf Sawina in Mähren. Lieut. v. Gadow aus Berlin. Frau General-Lieut. v. Werder aus Neisse. Partik. am Ende aus Oberschlesien. Amtm. Schmidt aus Hobeck. Herr Philibert aus Rußland. Apotheker Binder aus Bottuschau in der Moldau. Landrath Groschke aus Frankenstein. Frau Christ aus Waldheim. Lieut. Graf Sternberg aus Potsdam. Kaufm. Hahmann aus Görlitz.

Markt-Preise.

Breslau am 26. Mai 1851.

	feinste	feine	mit.	ordin. Waare	
Weißer Weizen	57	55	52	49	Sgr.
Gelber dito	55	53½	51	49	„
Roggen . . .	41	39	38	37	„
Gerste . . .	31	30	29	28	„
Hafer . . .	27	25	24	23	„
Spiritus . .	7 Rtl. Gl.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Börsenberichte.

Berlin, 24. Mai. Außer in Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Aktien, in denen zu gewichenen Coursen erheblicher Umsatz stattfand, war das Geschäft gering und die Stimmung flau.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½ % 102¾ à ½ bez. und Gld., Priorität 5 % 104½ Gld. Krakau-Oberschlesische 4 % 75 Br., Priorität 4 % 86⅛ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4 % 38⅜ à ¼ bez. und Br., Priorität 5 % 97½ Br. Niederschlesisch-Märkische 3½ % 84⅜ bez., Priorität 4 % 95½ Br., Priorität 5 % 102¾ bez. und Br., Serie III. 5 % 103¼ Gld. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4 % 27 Br. Oberschlesische Litt. A. 3½ % 122¾ à 123 bez., Litt. B. 3½ % 113½ Br. — Geld- und Fonds-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5 % 106½ bez. Staats-Anleihe von 1850 4½ % 102½ bez. Staats-Schuld-Scheine 3½ % 86¼ bez. Seehandungs-Prämien-Scheine 128¼ Br. Posener Pfandbriefe 4 % 101¾ Gl., 3½ % 91¼ Gl. Preußische Bank-Antheile 95⅛ bez. Polnische Pfandbriefe alte 4 % 94 Gld., neue 4 % 94 Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4 % 83½ Br., à 300 Fl. 145 Gld.

Wien, 24. Mai. In Devisen und Comptanten zeigte sich auf die voröffentl. Ausweise eine günstigere Stimmung, jedoch Kaufordres, besonders aus Triest stellten die Course höher, zuletzt mehr Brief. Fonds matter.

5 % Metalliques 96[illegible], 4½ % 84½; Nordbahn 129⅝; Coupons 2¼; Hamburg [illegible] Monat 188; London 3 Monat 12. 33.; Silber 128¾.

Redakteur: Nimbs.

Druck und Verlag von Graß, Barth u. Comp.